



## Sparvorschläge von CDU/GAL schaden Altona Senat spart sich auch das Nachdenken

von  
*Stefan Krappa*

### INHALT

Sparvorschläge von  
CDU/GAL schaden  
Altona

Bebauungsplan für das  
„Haus Rissen“

Wir machen den Weg  
frei!

Die Interessengemein-  
schaft Hamburger  
Musikwirtschaft (IHG)

Auf der Suche nach  
einer Partnerin

Schulfrieden:  
Ja, bitte!?

Ein Ortszentrum für  
Lurup

Hysterie und Hardliner

„Gemeinschafts-  
straße“ Bahrenfelder  
Straße

Altonaer Museum  
bleibt! Vorerst?

Der „Rote Sommer“ im  
Heidbarghof

Kennen Sie Ihre  
Abgeordneten?

Wir sind für Sie da

Impressum

Beim „Pakete schnüren“ denkt manch einer an freudige Ereignisse, wenn etwas verschenkt wird – doch davon kann beim Sparpaket des Senats nicht die Rede sein. Nicht ohne Hintergedanken soll die Bürgerschaft den Haushalt erst im Frühjahr 2011 beschließen. Die schlimmsten Grausamkeiten kann die schwarzgrüne Bürgerschaftsmehrheit noch wieder beseitigen, wenn sie denn die Kraft dazu hat. Der CDU-GAL-Senat hat es sich zur Aufgabe gemacht, in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt 1,5 Mrd. Euro einzusparen, um den Haushalt „strukturell auf eine sichere Grundlage zu stellen“. In der Haushaltsklausur vom 20. bis 22. September wurde der Doppelhaushalt 2011/2012 beschlossen. Den Beamten wird das Weihnachtsgeld gestrichen, was 100 Mio. Euro bringt. Die Bezirksämter werden wie erwartet zur Kasse gebeten. Ihr Konsolidierungsbeitrag soll 10,3 Mio. Euro betragen, davon 5,1 Mio. Euro durch Einsparungen. Ohne vorherige Absprache mit

den Bezirksamtsleitern wurde schnell festgelegt, dass die Tiefbau- und Grünämter der Bezirke beim Landesbetrieb Straßen zentralisiert werden. Und das, obwohl erst vor kurzer Zeit in Altona ein nagelneuer Bauhof geschaffen wurde, mit dem der Bezirk Geld einsparen

sammlung gewählten Leiter abzuschaffen. Eine Abschaffung wäre aber klar verfassungswidrig, das haben Verfassungsrechtler wie Prof. Bull schon erklärt. Nicht umsonst haben es die Bezirksvertreter 2006 geschafft, die Bezirke und die Bezirksämter in die Verfassung



Das Altonaer Museum ist direkt von der Schließung betroffen.

konnte, in dem verschiedene Einzelstandorte aufgegeben wurden. Doch dieses bezirksfeindliche Vorgehen hat Methode. Immer neue Vorschläge des Finanzsenators und seiner Staatsräte kamen in den vergangenen Wochen auf den Markt. Populistisch und grobschlächtig wurden die Bezirke als Steinbruch für den kaputten Haushalt gesehen. Daher schlug der Finanzsenator vor, Bezirke samt ihrer von der Bezirksver-

aufzunehmen. Der Vorschlag selbst zeigt aber die Grundhaltung dieses Senators: Bürgernähe und lokale Demokratie werden nach Kassenlage beurteilt. Fakt ist aber auch: Die Bezirke haben seit den Jesteburg-Beschlüssen 2002 und 2003 und auch im vergangenen Jahr die Einsparverpflichtungen erbracht, während die Fachbehörden sich dem entziehen. In Zahlen heißt das: Die Bezirksämter haben 3,4 Prozent ihres Per-

sonals abgebaut, die Fachbehörden nur 0,9 Prozent. Hier ist eine fatale Schiefelage entstanden. Weitere Einsparungen sind in den Bezirksämtern also unangebracht.

Aus Altonaer Sicht besonders fatal ist: Im nächsten Jahr sollte das Altonaer Museum geschlossen werden. Damit wollte der Senat 3,4 Mio. Euro sparen. Dagegen haben sich sowohl die Altonaer Bevölkerung als auch die Bezirksversammlung aufgelehnt, da es um das geschichtliche Herz Altonas geht. Es ist wieder ein Beispiel für die planlose und konfuse Kahlschlagspolitik von CDU und GAL: Erst bis vor zehn Monaten wurden der Eingangsbereich und das Foyer des Museums für drei Mio. Euro aufwändig umgestaltet. Die ehemalige Kultursenatorin Frau Prof. von Welck sagte bei der Wiedereröffnung: „Der neue Eingangsbereich ist eine gelungene Verbindung zwischen zeitge-



Das Altonaer Museum soll bleiben!

mäsem Museumsbetrieb und Besinnung auf die historischen Merkmale des Museums. Dem ersten Schritt müssen und werden nun weitere folgen.“ Sie hatte Recht: Es folgt ein weiterer Schritt, die geplante Schließung! Welch ein Verlust für die Kulturlandschaft: Das Altonaer Museum zählt zu den größten Regionalmuseen in Deutschland. Seit 1901 an der Museumstraße beheimatet, ist es ein wichtiger Baustein in der Museums- und Kulturlandschaft der Stadt. Die Altonaer schätzen es als Kulturgut, das die norddeutsche Landesgeschichte in besonderer Weise

bewahrt. Wie hoch der tatsächliche Spareffekt ist, ist gar nicht abzusehen, da der Mietvertrag noch 14 Jahre weiter läuft, ebenso wie Kosten für Personal, Heizung und Sicherheitsdienste. Die Schließung reiht sich ein in die Kahlschlagspolitik in Altonas Mitte: Schließung und drohender Abriss der Seefahrtsschule, Schließung und Abriss des Bismarckbades. Und das vor dem Hintergrund, dass der Platz der Republik im vorletzten Jahr mit 140.000 Euro Steuergeldern umgestaltet wurde, um dem Museum und dem Theater einen passenden Rahmen zu geben.

Vermutlich gab es einen Immobiliendeal mit dem Museum, vielleicht wollte die Koalition es ja zum Hotel machen. Auf Bundesebene haben FDP und CSU ja schon durch das Milliarden Geschenk der Umsatzsteuersenkung an die Hotels den Boden bereitet. Diese Steuereinnahmen fehlen jetzt auch in Hamburg als touristischer Hochburg im Norden. Und fehlende Steuereinnahmen durch schlechte Mietverträge, ebenso wie Kosten für Personal, Heizung und Sicherheitsdienste. Die Schließung reiht sich ein in die Kahlschlagspolitik in Altonas Mitte: Schließung und drohender Abriss der Seefahrtsschule, Schließung und Abriss des Bismarckbades. Und das vor dem Hintergrund, dass der Platz der Republik im vorletzten Jahr mit 140.000 Euro Steuergeldern umgestaltet wurde, um dem Museum und dem Theater einen passenden Rahmen zu geben.



Stefan Krappa, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

## Bebauungsplan für das „Haus Rissen“

von  
Henrik Strate

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona hat diesen August die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Tagungshotel an der Rissener Landstraße beschlossen. Das Hotel soll den Tagungsbetrieb des wissenschaftlichen Instituts „Haus Rissen Hamburg“ übernehmen. Diese Auf-

stellung war nötig geworden, weil die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) einer Genehmigung auf dem Befreiungswege nicht zugestimmt hat. Der nun gefasste Aufstellungsbeschluss mit dem Ziel eines Tagungshotels sichert die Zukunft des bekannten „Haus Rissen“ insgesamt und auch an diesem Standort. Die zeitliche Verzögerung durch das Bebauungsplanver-

fahren darf jedoch nicht zu einem Scheitern des gesamten Vorhabens führen. Mit einem Durchführungsvertrag zwischen allen Beteiligten wollen wir für das künftige Hotel sicherstellen, dass das „Haus Rissen“ mit seiner Arbeit vor Ort fest verwurzelt wird. Auf der einen Seite bedeutet der Bebauungsplan nun eine Verzögerung für die Umsetzung, auf der anderen Seite bietet er jedoch auch die

gute Möglichkeit, sämtliche Einwendungen und Anregungen der Nachbarn in einem ordentlichen Verfahren aufzunehmen. Bisher sollte das gesamte Vorhaben als Bauantrag genehmigt werden, was erhebliche Befreiungen bedeutet hätte. Nun wird ordentliches Planrecht geschaffen und alle Beteiligten werden in einem gesetzlich festgelegten Verfahren an einen Tisch gebracht.

## Wir machen den Weg frei! Gerecht für die Öffentlichkeit von der Christian-F.-Hansen-Straße zur Elbchaussee

von  
Wolfgang Kaeser

Man hört sie schon, die da höhnen, ob denn die SPD-Fraktion nicht wichtigeres zu tun hätte und ob sie denn noch auf der Höhe der Zeit sei, wenn sie sich um die Durchsetzung eines Gerechtes kümmern. Natürlich gehören solche Initiativen nicht zum Kernbereich sozial-demokratischer Programmatik. Aber sie sind Ausdruck unserer kommunalpolitischen Verantwortung und Verpflichtung, uns der Sorgen und Ärgernisse der Bürger vor Ort anzunehmen. Auch das ist Teil der Aufgaben und Programmatik der SPD in Altona.

Auch in Altona reicht es nicht, ausschliesslich über das zweifelsohne wichtigere Politikfeld der sozialen Gerechtigkeit zu reden, die inhaltliche Basis unserer Fraktion ist weit größer und attraktiver. Für den Bürger sind aber auch die kleinen Dinge vor Ort sehr wichtig und entscheidend.

Im vorliegenden Falle muss gelten: Gesetz ist Gesetz. Auch der Bebauungsplan Nienstedten 20 ist ein Gesetz. Er sieht seit vielen Jahren ein öffentliches Gehrecht für Fußgänger von der Christian-F.-Hansen-Straße vorbei am Elbschlößchen durch die kleine Parkanlage östlich der ehemaligen Neuen



Tür zu? Nein, ab jetzt ist die Tür zu Ramées Park auf!

Mälzerei zur Elbchaussee vor. Nachdem dieses Wegerecht viele Jahre unzulässig eingeschränkt wurde, haben wir nun die Nutzung dieses reizvollen Weges für die Öffentlichkeit zu angemessenen Zeiten durchgesetzt: Während der Sommerzeit von 7 Uhr bis Sonnenuntergang und während der Winterzeit von 7 bis 18 Uhr kann der Weg nun von der Öffentlichkeit genutzt werden. Diese kleine Parkanlage östlich der ehemaligen Neuen Mälzerei, dem jetzigen Firmensitz der Reederei Döhle, ist seinerzeit mit großem Aufwand und viel Liebe in Anlehnung an die Pläne des Gartenkünstlers und Architekten Joseph Ramée gestaltet worden und in das Eigentum der Hermann-Reemtsma-Stiftung und der Reederei Döhle übergegangen. Obwohl der Bebauungsplan immer ein öffentliches Wegerecht für die Bürger durch die

Parkanlage vorsah, haben die Reederei Döhle und die Reemtsma-Stiftung viele Jahre mit trickreichem Verhalten und juristischen Spitzfindigkeiten der Öffentlichkeit den Zugang zur Parkanlage erschwert beziehungsweise unmöglich gemacht. Unser konsequentes Insistieren bei der Bezirksverwaltung, endlich dem Gesetz zu seinem Recht zu verhelfen, hatte jetzt Erfolg. Der Bürger hat jetzt verbindliche Zeiten, zu denen er Ramées Park genießen und dort verweilen kann. Wir werden im Grünausschuss das Aufstellen von Hinweistafeln mit den Öffnungszeiten des Parks beantragen.



Wolfgang Kaeser



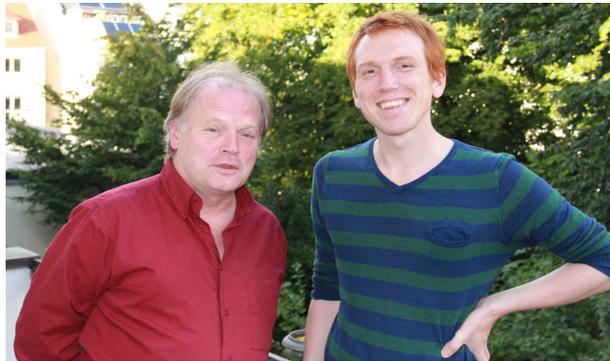
Der idyllische Spazierweg durch Ramées Park.

## Die Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft (IHM)

von  
Hans-Jürgen von Borstel

Timotheus Wiesmann ist Leiter der Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft e.V. (IHM), die im März 2004 zur Förderung und Mitgestaltung des Musikstandortes Hamburg gegründet wurde. Die IHM ist das Netzwerk der Musikwirtschaft in Hamburg.

Im Gespräch mit Thomas Adrian und mir erklärte Wiesmann die Ziele der IHM. Dabei handelt es sich um die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen für erfolgreiches und unabhängiges Wirtschaften im Bereich der Musik mittels Vernetzung, Öffentlichkeits- und



Hans-Jürgen von Borstel im Gespräch mit dem Leiter der Geschäftsstelle der IHG Timotheus Wiesmann.

Lobbyarbeit. Zentrum der relevanten Aktivitäten sei in Hamburger der Bezirk Mitte. Altona sei durch die Clubszene, Produktionsfirmen, Künstleragenturen und -managements, Verlage, Labels, Vertriebe, Konzertveranstalter, Event-Agenturen, Musikclubs, Medienanwälte, Digital-Dienstleister,

Promotion-Agenturen etc. mittlerweile auch von hoher Bedeutung. Warner Music, die Edel AG, EMI, Karsten Jahnke, freibank Musikverlag und Reeperbahn-Festival sind nur einige Namen, die für IHM stehen und die hohe wirtschaftliche Bedeutung für Hamburg unterstreichen. Die höchste Priorität der

IHM ist die aktive Vernetzung der Hamburger Musikwirtschaft. Der Verein ist professioneller Ort und Motor für Kontakt und Austausch seiner Mitglieder mit Vertretern von Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Die SPD-Fraktion wird in diesem Zusammenhang den zukünftigen Güterbahnhof Harkortstraße auf die Realisierbarkeit von Projekten der Musikwirtschaft überprüfen. In diesem Sinne wird die SPD-Fraktion die Rahmenbedingungen für diesen Teil der Kreativwirtschaft mit allen Mitteln weiter fördern, denn in diesem Segment geht es laut der Hamburger Handelskammer um 64.000 Arbeitsplätze.

## Auf der Suche nach einer Partnerin

von  
Antje Mohr und  
Hans-Jürgen von Borstel

Anfang August besuchten wir den Jugendhof Knivsborg e.V. in Rodekro im dänischen Südjütland, um erste Kontakte bezüglich einer zukünftigen Partnerschaft zwischen Altona und einer jütländischen Kommune zu knüpfen. Im Verlauf dieser Gespräche kristallisierten sich die Kommunen Tondern, Apenrade und Sonderburg für eine mögliche Partnerschaft heraus. Um die Kontakte zu vertiefen und das Projekt weiter voran-



Auch die Südjütländer zeigen Interesse an einer Partnerschaft mit Altona.

zutreiben werden zeitnah Einladungen an den Leiter des Knivsborg und an den

ehemaligen Generalsekretär der deutschen Minderheit in Dänemark

ausgesprochen werden. Wir freuen uns auf konstruktive Gespräche.

## Schulfrieden: Ja, bitte!?

Nachdem nun am 15. September das Hamburger Schulgesetz entsprechend des Ergebnisses des Volksentscheids vom Juli des Jahres verändert wurde, könnte jetzt Ruhe einkehren. Könnte!

Ein kurzer Rückblick: Da die Aspekte des Schulgesetzes, die sich nicht auf die Einführung der Primarschule beziehen, wie z.B. die Klassengrößen in den Klassen 1 bis 4 und 6, kein Büchergeld sowie Einführung der Stadtteilschulen an Stelle von Haupt-, Real- und Gesamtschulen, unangestastet blieben, schien es theoretisch nur wenige noch zu lösende Probleme zu geben. Nachdem inzwischen auch der Streitpunkt „Starter-schulen“ beigelegt zu sein scheint, könnte tatsächlich Ruhe einkehren.

Scheinbar geräuschlos hat inzwischen das neue Schuljahr an Grund- und Stadtteilschulen sowie Gymnasien begonnen. Geplante, aber häufig ungeliebte „Lehrerverschiebungen“ von Gymnasien an die Primarschulen wurden nur selten umgesetzt; die bisherigen Gesamtschulen konnten, ebenso wie die bisherigen Haupt- und Realschulen, nun als neu eingerichtete „Stadtteilschulen“ ihre Arbeit aufnehmen.

Nicht überall lief die Einführung der Stadtteilschulen aber problemlos an, wie es das Beispiel der geplanten Stadtteilschule in Rissen zeigt. Am Gymnasium Rissen sollten

zusätzlich zum Gymnasialbetrieb Stadtteilschul-klassen eingerichtet werden, die dann in ihrer

Die Einzelheiten zu diesem Fall stammen allerdings nicht aus offiziellen Informationen der



Nun doch keine Primarschule: Auch die Schule Mendelssohnstraße bleibt Grundschule.

Oberstufe eng mit der gymnasialen Oberstufe kooperieren sollten. Wegen zu geringer Anmeldezahlen für eine Eingangs-Stadtteilschulklasse wird es aber nun in Rissen keine Stadtteilschule geben. Die Rissener und Sülldorfer Kinder müssen weiterhin den weiten Weg bis zur Stadtteilschule Blankenese auf sich nehmen.

Nachdem die Grund-, Haupt- und Realschule Lserberg nun nicht mehr, wie ursprünglich geplant, als Primarschul-Standort vorgesehen ist, wird sie zur reinen Grundschule. Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) scheint sich kommentarlos damit abzufinden, dass es dadurch dann in Rissen eben einen zusätzlichen Grundschulstandort an Stelle einer Stadtteilschule geben wird.

(BSB), denn dort sah man sich bisher offenbar nicht in der Lage, dem Bezirk mitzuteilen, wie die Schullandschaft in Altona sich zur Zeit darstellen wird. Ein Umstand, der zur Klarheit vor Ort nun sicher nicht beiträgt. Es ist schon erstaunlich, wie zurückhaltend die BSB derzeit mit ihren Informationen umgeht, denn bis zum 18. Juli, dem Tag des Volksentscheids, sah das anders aus.

Wenngleich die Vorbereitung des neuen Schuljahres nach der Niederlage der Schulbehörde im Juli diesen Jahres mehr oder weniger geräuschlos ihren Weg nahm – es blieben „Baustellen“, im wörtlichen und im übertragenen Sinn des Wortes, und diese sorgten und sorgen auch jetzt noch vor Ort für Unruhe. Einen effizienten Plan „B“

für den nun eingetretenen Fall einer Ablehnung der Schulreform durch die Bevölkerung schien es in der BSB nicht gegeben zu haben. Dass die Grund- und Stadtteilschulen sowie die Gymnasien nach dem Fiasko vom 18. Juli nach den Sommerferien trotzdem vergleichsweise ruhig ihre Arbeit aufnehmen konnten lag wohl eher an dem Einsatz der Schulen vor Ort, als an einem neuen Gesamtkonzept der Behörde.

Ob der von allen Bürgerschaftsfraktionen angekündigte „Schulfrieden“ nun tatsächlich von Dauer ist, bleibt abzuwarten. Äußerungen von CDU-Politikern zur zukünftigen Schulpolitik der CDU lassen zumindest Misstrauen zu.

Auch das große Thema der vorschulischen Bildung, ein Bildungsbereich, der eigentlich vorrangig hätte behandelt werden müssen, bleibt leider weiterhin eine „Baustelle“. Da darf man gespannt sein, wie sich die Sparpolitik des derzeitigen Senats auswirkt. Die Erhöhung der Kitagebühren lassen nichts Gutes erwarten. Möglicherweise steht dem Senat da demnächst erneut ein Volksentscheid ins Haus.



Astrid Juster

## Ein Ortszentrum für Lurup

Bereits im Juli 2008 wurden den Mitgliedern des Planungsausschusses die Pläne des „Lurup-Centers“ für eine neue Bebauung am Eckhoffplatz in Lurup präsentiert. Bei einer öffentlichen Anhörung zu dem Bauvorhaben stieß das Projekt bei den Anwesenden insgesamt auf eine gute Akzeptanz, da man sich von der neuen Bebauung erhofft, dass das frühere Luruper Stadtteilzentrum als attraktiver Einkaufsstandort wiederbelebt werden kann. Die Pläne des Lurup-Centers wurden von der „Norddeutschen Grundvermögen“ erstellt, die auch als Investor tätig werden. Viele der bislang genutzten Immobilien sind mittlerweile geräumt und stehen leer, schwierig waren allerdings die Verhandlungen über den Auszug der Postbank AG mit Sitz in Bonn. Wir als SPD-Bezirksfraktion haben angesichts des öffentlichen Interesses an dem Projekt ein Handeln der Stadt gefordert und einen entsprechenden Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, dem mehrheitlich zugestimmt wurde. Die Bezirksversammlung forderte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf, den Investor bei den Verhandlungen mit der Postbank zu unterstützen. Die BSU wollte der Aufforderung jedoch mit dem Verweis, dass es sich um einen privatrechtlichen Vorgang handle, nicht nachkommen. Das große Interesse

auf einer Bürgersprechstunde im Herbst 2010 zum Thema „Was passiert am Eckhoffplatz?“ zeigt, dass das Thema nach wie vor sehr aktuell ist und noch viele Fragen ungeklärt sind. **Frank Schmitt**, unser Abgeordneter aus Lurup, fragte beim Leiter der kaufmännischen Projektentwicklung des Investors und Bauherren, Sven Barthe, nach.



Auf dieser gegenwärtig noch öden Fläche plant der Investor das zukünftige Lurup-Center.

**Schmitt: Der Lokalpresse war jüngst zu entnehmen, dass es nun mit der Neugestaltung am Eckhoffplatz losgehen kann. Heißt das, Sie haben mit der Post beziehungsweise der Postbank eine Einigung erzielt können?**

Barthe: Die Post hat sich als Bestandsmieter mit ihrer Entscheidung lange Zeit gelassen, sich aber letztendlich dazu entschieden, ihren Standort am Eckhoffplatz beizubehalten. Das heißt, die Deutsche Post bleibt zunächst am gewohnten Standort und wird dann nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes in die neuen, fertiggestellten Räume umziehen.

**Schmitt: Das ist ja eine erfreuliche Nachricht, dass es zur Einigung kam und dass die Post beziehungsweise die Postbank an diesem Standort erhalten bleibt. Wie geht es denn nun konkret weiter?**

Barthe: Eine Baugenehmigung liegt uns für den ersten Bauabschnitt vor, dieser umfasst die Fläche zwischen Eckhoffplatz und Lüttkamp, entlang

von einer Bauzeit von neun Monaten aus, weitere zwei Monate haben wir für die Innengestaltung und die erforderlichen Umzüge eingeplant, so dass wir dann nach insgesamt zehn bis elf Monaten mit dem zweiten Bauabschnitt, dem eigentlichen Nahversorgungszentrum, beginnen können. Mit einer Gesamtfertigstellung rechnen wir im vierten Quartal 2012.

**Schmitt: Für den zweiten Bauabschnitt wurde bisher keine Baugenehmigung, aber ein positiver Bauvorbescheid erteilt.**

Barthe: Ja, für den zweiten Bauabschnitt werden wir kurzfristig den Bauantrag stellen. Hier muss unter anderem die verkehrliche Anbindung im Bereich Lüttkamp/ Luruper Hauptstraße geklärt werden. Dazu müssen wir aber abwarten, bis über die Verkehrsberuhigung im Lüttkamp entschieden ist und möglicherweise die bisher vorliegenden Entwürfe noch einmal überarbeiten. Ebenso müssen wir innerhalb des Genehmigungsverfahrens für den zweiten Bauabschnitt eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag geben und mit dem Bezirksamt auch Fragen der Begrünung und der Außengestaltung abstimmen.

**Schmitt: Welche Angebote werden wir denn nach der endgültigen Fertigstellung des neuen Zentrums dort vorfinden?**

der Luruper Hauptstraße 138 bis 142. Ab dem 4. Oktober 2010 wurde mit dem Abbruch und der Realisierung eines Büro- und Geschäftshauses begonnen. Hier entstehen im Erdgeschoß rund 850 Quadratmeter Einzelhandelsflächen, darunter auch die zukünftigen Räume für die Post beziehungsweise die Postbank mit rund 400 Quadratmetern. Außerdem wird nach Fertigstellung dort die Diakonie mit dem Suchthilfezentrum Lukas im ersten Obergeschoß einziehen.

**Schmitt: Wie lange wird die Bauzeit andauern?**

Barthe: Für den ersten Bauabschnitt gehen wir



Derzeit noch ein Modell, aber die Arbeiten zur Umsetzung haben begonnen: So soll das neue Lurup-Center aussehen.

Barthe: Zusätzlich zu einem großen SB-Warenhaus, das neben Lebensmitteln auch Bücher, Kleidung und Weiteres anbietet, sind außerdem noch Einzelhandelsangebote mit Schuhen, Textilien, eine Apotheke sowie ein Drogeriemarkt vorgesehen. Über 70 Prozent der verfügbaren Fläche haben wir derzeit schon vermietet. Darüber hinaus sind Sortimente wie Blumen, Tabak und Zeitschriften, Schuh- und Schlüsseldienst sowie eine Reinigung angedacht. In den Außenbereichen möchten wir unter anderem Gastronomie ansiedeln. Der bisherige Parkplatz vor der Post entfällt und wird als fußläufiger Eingang zum Lurup-Center neu gestaltet. Ein Eiscafé oder ein anderer gastronomischer Betrieb soll hier zu einer Belebung des neugestalteten Platzes beitragen. Auf der anderen Seite am Marktplatz sind weitere 200 Quadratmeter Fläche für Gastronomie vorgesehen.

**Schmitt: Werden die Gastronomie-Angebote auch über die Öffnungszeiten des Einzelhandels hinaus geöffnet bleiben?**  
Barthe: Da die Gastrono-

mie in den Außenbereichen angesiedelt ist, wäre auch eine Öffnung unabhängig von den üblichen Öffnungszeiten des Lurup-Centers möglich. Es ist also vorstellbar, dass zumindest Teile der Gastronomieangebote auch über die Öffnungszeiten hinaus, beispielsweise sonntags, geöffnet sind.

**Schmitt: Inwieweit konnten die noch am Eckhoffplatz ansässigen Einzelhändler in das neue Center übernommen werden?**  
Barthe: Der vom Umbau betroffene bestehende Einzelhandel hat die Möglichkeit, sich in das neue Zentrum einzumieten. Gespräche dazu dauern noch an.

**Schmitt: Das Lichtwerk Forum Lurup regte an, eine Ladenfläche oder Räumlichkeit vorzusehen, die den Trägern der Stadtteilkultur, den Vereinen und Einrichtungen im Stadtteil für eine geringe Miete die Möglichkeit bietet, ihre Angebote zu präsentieren, um so eine Verknüpfung zu den bestehenden Angeboten und Anlaufpunkten wie dem Stadtteilhaus Lurup herzustellen. Wurde diesem Wunsch entsprochen?**

Barthe: Der Diakonie mit ihrer Beratungseinrichtung Lukas sind wir entgegengekommen und auch bei der Post war ein großes Entgegenkommen erforderlich, so dass wir für weitere soziale Nutzungen keinen Spielraum mehr haben, solange keine marktüblichen Mieten gezahlt werden können.

**Schmitt: Wäre es vorstellbar, dass Vereine und Einrichtungen sich und ihre Angebote im neuen Lurup-Center präsentieren?**

Barthe: Darüber müssten wir nachdenken. Es wäre aber durchaus vorstellbar, dort vorübergehende Angebote zum Beispiel in Form von Informationsständen oder Ausstellungen aufzunehmen.

**Schmitt: Wie wird sich die Bauphase auf den Betrieb des Wochenmarktes auswirken und wie wird es mit dem Wochenmarkt nach der Fertigstellung weitergehen?**

Barthe: Für die erforderliche Baustelleneinrichtung müssen wir noch ein Konzept erarbeiten. Möglicherweise wird der Wochenmarkt von der Baustelleneinrichtung betroffen sein, dann müssen wir uns eine vorübergehende Ausweichmöglichkeit schaffen. Der Wochenmarkt stellt für uns jedoch eine wichtige Ergänzung zum Handel im neu entstehenden Einkaufszentrum dar, auf den wir nicht verzichten wollen. Wir würden es sogar begrüßen, wenn der Wochenmarkt an mehr als nur an einem Tag in der Woche stattfinden würde.

**Schmitt: Wird der bestehende Minigolfplatz von den Baumaßnahmen betroffen sein?**

Barthe: Der Minigolfplatz befindet sich sozusagen in der Tiefkühlabteilung des geplanten zukünftigen Supermarktes und müsste für den zweiten Bauabschnitt weichen. Es gibt aber Bemühungen, den beliebten und gut genutzten Minigolfplatz auf eine Ausgleichsfläche in der Nähe zu verlagern. Die Gespräche dazu dauern zurzeit noch an.

**Schmitt: Ist sichergestellt, dass das neue Zentrum barrierefrei gestaltet ist, gibt es beispielsweise eine behindertengerechte Toilette, die auch über die Geschäftszeiten hinaus erreichbar ist?**

Barthe: Ja, das neue Lurup-Center wurde barrierefrei konzipiert. Die WC-Anlage des Einkaufszentrums wird sich im ersten Obergeschoss befinden, die Etagen werden über Rollsteige sowie zusätzlich über zwei Fahrstühle zu erreichen sein. Bisher ist die Erreichbarkeit der WC-Anlage zu den regulären Center-Öffnungszeiten vorgesehen. Ich nehme Ihren Hinweis aber gerne für die konkrete, derzeit noch ausstehende Planung auf.

**Schmitt: Herr Barthe, ich danke Ihnen für dieses informative Gespräch.**



Frank Schmitt

## Hysterie und Hardliner Wie wird das Schanzenfest 2011?

von  
Mark Classen

Der Sommer ist vorbei, und mit der Hitze sind damit auch zwei Probleme verschwunden, die Jahr für Jahr die Hamburger Medienlandschaft zu dieser Jahreszeit beschäftigen: Das Sommerloch und der alljährliche Streit um das autonome Schanzenfest.

„Schanzenfest soll verboten werden“ titelte das Hamburger Abendblatt am 30. Juni 2010 und erweckte damit den Eindruck, dass der Bezirk Altona im Gegensatz zu den beiden Vorjahren das Schanzenfest 2010 nicht mehr genehmigt. Bei genauer Betrachtung der Sachlage wird jedoch deutlich, dass auch die vorvergangenen Schanzenfeste keineswegs genehmigte Straßenfeste waren. Vielmehr hatte der Bezirk Altona mangels Anmelder und aufgrund des politischen Drucks aus der Bezirksversammlung Altona den Weg der so genannten „qualifizierten Duldung“ eingeschlagen. Mitarbeiter des Bezirksamtes hatten dabei zur Sicherheit der Besucher und Teilnehmer des Schanzenfestes Bühnen und Installationen auf Standfestigkeit und Betriebssicherheit überprüft, Lebensmittelkontrollen durchgeführt und die Verkehrssicherung koordiniert. Die Bedingungen für ein unfallfreies

und friedliches Schanzenfest waren damit von Seiten des Bezirkes gegeben. Die Innenbehörde ließ den Bezirk gewähren. Auch auf Nachfrage gab es seitens der Behörde keine Anweisung anders zu verfahren. Das Fest 2009 fand dann leider wie gewohnt statt.



Auch das ist die Schanze: Das beliebte Programm kino „3001“ in einem Innenhof.

Die Innenbehörde verstieg sich darauf, mit dem euphemistisch klingenden Konzept der „Deeskalation durch Stärke“ auch ihren Teil dazu beizutragen, dass die Schanze in den Abendstunden wieder in Gewalt und Chaos versank. Unverständlich, ja geradezu empörend waren daraufhin die Reaktionen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und des damaligen Innensenators und neuen Ersten Bürgermeisters Christoph Ahlhaus. Sie hatten als Schuldige schnell die ausgemacht, die in dieser Situation als einzige verantwortungsvoll gehandelt haben: Das

Bezirksamt und die Bezirksversammlung Altona. Die Rücktrittsforderungen des DPoIG-Vorsitzenden Lenders klingen noch heute in den Ohren des Bezirksamtsleiters. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass in diesem Jahr der Weg der „qualifizierten Duldung“

zumindest aus der Perspektive des Bezirksamtsleiters im Alleingang nicht mehr beschritten werden konnte. Schließlich handelt es sich beim Bezirksamtsleiter nicht um einen Politiker, der als gewählter Repräsentant die politische Verantwortung übernehmen kann, sondern um einen hohen Verwaltungsbeamten, der verpflichtet ist sein Bezirksamt nach Recht und Gesetz zu führen. Angesichts der Verantwortungslosigkeit, die der damalige Innensenator im vergangenen Jahr gezeigt hat, überrascht es nicht, dass der Bezirksamtsleiter auf die Einhaltung des Hamburgischen

Wegegesetzes pocht, dessen Kontrolle in seiner Zuständigkeit liegt. Auch der Appell der Bezirksversammlung Altona, das Schanzenfest erneut zu dulden ändert daran nichts, da die Bezirksversammlung keine Beschlüsse fassen kann, die gegen Gesetze oder Verordnungen verstoßen.

Was zunächst blieb war die fehlende Sicherung der Stände und Bühnen durch die Mitarbeiter des Bezirksamtes sowie zahlreiche Ordnungswidrigkeiten wegen Verstoßes gegen das Hamburgische Wegegesetz. Da der Bezirk mit seinen dreizehn Ordnungsdienst-Mitarbeitern nicht in der Lage ist, die Vielzahl an Ordnungswidrigkeiten zu ahnden, hätte der Bezirk die Polizei um Amtshilfe bitten müssen. Damit lag der Ball im Spielfeld der Innenbehörde. Würde der Innensenator es für opportun halten, wegen einiger Ordnungswidrigkeiten mit seiner Polizei gegen die friedlichen Bewohner der Sternschanze vorzugehen und damit eine Situation herbeizuführen, aus der mit Sicherheit schwere Straftaten hervorgegangen wären?

Der Rücktritt von Ole von Beust und das Aufrücken von Christoph Ahlhaus als Präses des Senates wirkten dann auf das Schanzenfest, als wenn man einen Korken aus einer unter Druck stehenden Fla-

sche zöge. Den gewaltbereiten Kreisen kam mit einem Schlag das Feindbild des auf Eskalation abzielenden Hardliners abhandeln, und die Instabilität der Regierungskoalition machte es den auf Duldungsetzenden Teilen der GAL einfacher, dass Behörden und Bezirk sich auf eine Duldung verständigen konnten. Der Ablauf des Schanzenfestes 2010 war dann weniger von Gewalt als vielmehr von einer neuen kritischen Haltung gegenüber Provokationen aus allen Richtungen geprägt. Erstmals hatten Bewohner des Schanzenviertels aktiv eingegriffen als Randalierer sich daran machten, Barrikaden zu entzünden oder Schau-

fensterscheiben einzuwerfen. Auch die Polizei hat mit ihrer Strategie deeskalierend gewirkt, und selbst profilineurotische Immobilienentwickler, die im Zusammenhang mit dem Streit um die Rote Flora das autonome Straßenfest zu vereinnahmen drohten, haben es nicht geschafft, das seit Jahren friedlichste Schanzenfest zu verhindern.

Klar ist aber auch, dass die Probleme beim diesjährigen Schanzenfest auch weiterhin bestehen werden. Auch für das Schanzenfest 2011 wird sich wahrscheinlich kein Anmelder finden und die Problematik der „Roten Flora“ als Immobilie wird

im nächsten Jahr eher noch an Brisanz gewinnen. Es ist deshalb unbedingt ratsam, den Weg einer qualifizierten Duldung auch für das Schanzenfest 2011 zu beschreiten und rechtzeitig Klarheit über die Umstände zu schaffen. Jedes Zögern und jede Instrumentalisierung des Schanzenfestes wird letztendlich dazu führen, dass die friedlichen und wohlmeinenden Anwohner und Aktiven des Festes zwischen Behörden und Verwaltung auf der einen und gewaltbereiten Hooligans, die nur darauf warten, dass ein Szenario der Eskalation die Rechtfertigung für schwere Straftaten bietet, auf der anderen Seite, aufgerie-

ben werden. Die Politik ist aufgerufen, sich klar zu einem friedlichen Schanzenfest zu bekennen. Die Bürger der Sternschanze haben es verdient, dass mit dem Schanzenfest von allen Seiten verantwortungsvoll umgegangen wird und dass sowohl Law-and-Order-Parolen als auch eine Repressions-Rhetorik ins Leere laufen.



Mark Classen

## „Gemeinschaftsstraße“ Bahrenfelder Straße

von  
Henrik Strate

Die Diskussion über die Umgestaltung der Bahrenfelder Straße zu einer „Gemeinschaftsstraße“, auf der Fußgänger, Autofahrer und Radfahrer gleichberechtigt sind und sich per Blickkontakt verständigen, löst nicht nur in der Anwohnerschaft große Diskussionen aus. Nachdem sich mittlerweile 46 der 56 Einzel-



Die Bahrenfelder Straße ist bisher noch keine Gemeinschaftsstraße.

händler und Gastronomen der Bahrenfelder Straße in Ottensen gegen die Einrichtung einer „Gemeinschaftsstraße“ ausgesprochen haben, gab es am 20. September 2010 einen erneuten Gesprächstermin zwischen Bezirksamt und Einzelhändlern unter Beteiligung von Politik und Handelskammer.

Es wurde deutlich, dass eine Vielzahl der Einzelhändler große Existenzängste umtreiben, wenn ihnen ein Jahr Baustelle vor der Tür droht. Der Wegfall eines großen Teils des Parkraums ist für die Einzelhändler nicht akzeptabel. Erschwerend kommt hinzu, dass bereits heute die Parkdauer in der Bahrenfelder Straße nicht überwacht wird, sodass

Dauerparken nicht zu verhindern ist und den potentiellen Kunden der Einzelhändler nicht ausreichend Parkraum zur Verfügung steht. Dies wird nach einem Umbau auch weiterhin nicht gesichert sein, ist jedoch für eine funktionierende Einkaufsstrasse erforderlich. Natürlich gäbe es in der Bahrenfelder Straße erhebliche Defizite, wie zu wenig Raum für Fußgänger und Radfahrer sowie ein lauter und unkomfortabler Strassenbelag. Aber anstatt sich über die Probleme einer Lösung anzunähern, scheint hier das schwarzgrüne Modellprojekt „Shared Space“ von oben verordnet zu werden. Das ist der falsche Ansatz. Nun soll ein Workshop die Ideen und Vorschläge der

Einzelhändler aufnehmen und ein neuer Entwurf für eine Verbesserung der Situation in der Bahrenfelder Straße auf den Tisch gebracht werden. Dieser Vorschlag der Handelskammer ist begrüßenswert, aber dieser Workshop ist auch die letzte Chance für eine Gemeinschaftsstraße in der Bahrenfelder Straße. Wenn auch dies nicht klappt, muss das Projekt endgültig beendet werden!



Henrik Strate

## Altonaer Museum bleibt! Vorerst?

von  
Dr. Bettina Wehner

Als Reaktion auf die anhaltenden und heftigen Proteste gegen die Schließung des Altonaer Museums zum 1.1.2011 hat der Erste Bürgermeister Vertreter des Senats und verschiedener Kultureinrichtungen zu einem „Kultur Gipfel“ eingeladen. Dabei hat der Senat beschlossen, dass das Altonaer Museum vorerst geöffnet bleibt. Die Stiftung Historische Museen in Hamburg soll allerdings bis zum Jahr 2014 ihren Etat um 3,5 Mio. Euro reduzieren. Dauerhaft gerettet ist damit das Altonaer Museum jedoch nicht. Es kann kein Argument für die Schließung sein, dass dem Kultursenator keine andere Stadt einfallt, die ihre Geschichte an zehn Standorten darzustellen versucht. Ein solches

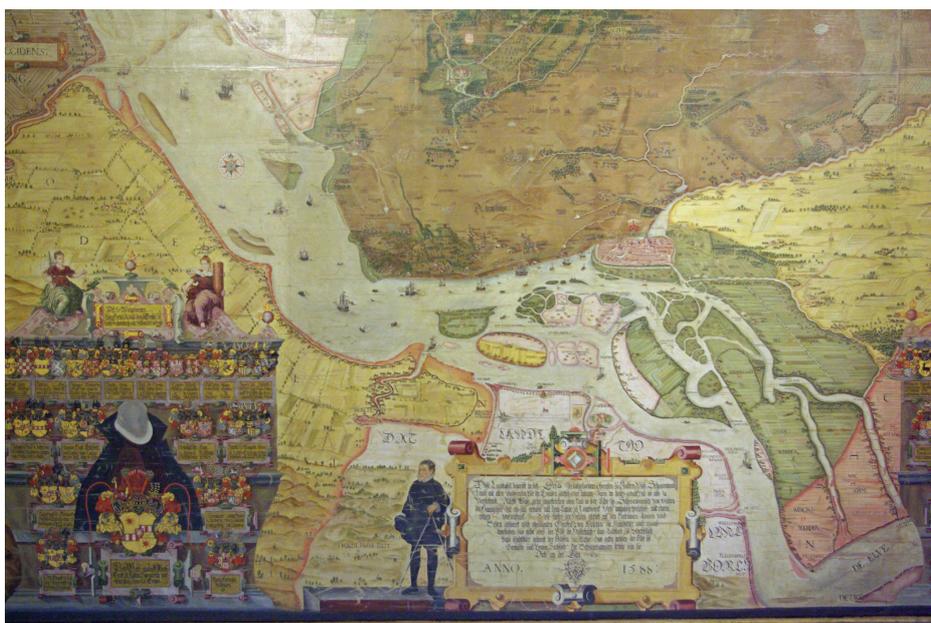


Was wird aus dem Altonaer Museum? Museumsleiter Prof. Dr. Torkild Hinrichsen und Dr. Bettina Wehner, Sprecherin für Kultur der SPD-Fraktion Altona, im Treppenaufgang des Altonaer Museums. Dieser Treppenaufgang ist selbst Museum, gehört zum Ort und kann wie vieles andere auch nicht umziehen.

Argument ist wahrlich haarsträubend für die Schließung eines Hauses mit einer bald 150-jährigen Tradition. Wer sich ein bisschen in der Geschichte auskennt, weiß, dass Altona von

1640 bis 1864 unter dänischer Verwaltung stand und erst 1937/38 in Hamburg eingemeindet wurde. Altona hat also eine ganz eigene Geschichte und Tradition, die nicht durch einen

Verwaltungsakt abgeschnitten werden darf – insbesondere nicht nur zu Gunsten einiger kosten trächtiger Highlights. Die besondere Geschichte lässt sich gut an den reichhaltigen Schätzen und Exponaten des Museums ablesen: Landschaftsmalereien und Porträts, Exponaten zu Schifffahrt und Fischerei, Bauernstuben, Trachten und Kinderspielzeug, Fayencen und Haushaltsgegenständen aus mehreren Jahrhunderten sowie wichtige Bild- und Motivpostkarten. Über dem Haupt-Treppenaufgang hängt die sogenannte Freese-Karte vom Niederelberaum aus dem Jahre 1588. Der Niederelberaum steht auch im historischen und ökologischen Zentrum der vielfältigen Exponate des Museums.



Die sogenannte Freese-Karte zeigt Hamburg im Niederelberaum im 16. Jahrhundert.

Wer sich als Besucher in die dargebotene Welt vertieft, erfährt die identitätsstiftende Kraft dieser überlieferten Welt gerade in unserem Zeitalter der Globalisierung. Individuelle Gestaltung spricht den Betrachter emotional an und setzt ein Gegengewicht gegen Massenkultur, wie sie heute über Medien und Großveranstaltungen transportiert wird.

Wenn das Altonaer Museum nicht schon über Jahre kurz gehalten worden wäre, hätten viele

Projekte zur Freude von jungen und alten Menschen ausgestellt werden können. Gegen anhaltende Kürzungen kommen aber auch die über 230 ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht an, denen viel zu verdanken ist. Ohne sie hätte das Museum bis heute nicht am Laufen gehalten werden können. Das Altonaer Museum muss erhalten bleiben, da es nicht nur Bedeutung für Altona und Hamburg hat, sondern darüber hinaus auch Strahlkraft für die gesamte norddeutsche

Region und für Dänemark besitzt. Sehr viele Menschen in und außerhalb Hamburgs denken so wie unser Altkanzler Helmut Schmidt, der zitiert wurde: „Für mich ist das Museum fester Bestandteil meiner hamburgischen Heimat.“

Die Schließung des Altonaer Museums wäre in mehrerlei Hinsicht eine Verarmung für Hamburg: Zum einen ist die am grünen Tisch errechnete jährliche Ersparnis von 3,5 Millionen Euro eine Milchmädchenrechnung, und

zum anderen würde es zu einer ideellen Verarmung kommen, wenn den Altonaern ihre Geschichte nicht mehr greifbar gemacht werden kann.

Wir fordern den dauerhaften Erhalt des Museums! Es muss noch weiter als bisher für Schüler und junge Menschen geöffnet werden um die Geschichte und Kultur Altonas zu vermitteln. Es darf nicht im Kleinen gekürzt werden, was im Großen mit vollen Händen rausgeworfen wird.

## Der „Rote Sommer“ im Heidbarghof



Angeregte Unterhaltungen bei knusprigem Grillfleisch und leckeren Getränken.

von  
Kirstin Strahl-Höhler

Der Sommer war schön, die Abende angenehm warm – ehe der kalte Herbst Einzug hält, wollte die SPD-Fraktion Altona diese schöne Zeit nutzen und mit vielen Gästen einen netten Abend beim Fraktionsommerfest

„Roter Sommer“ verbringen. Für den 10. September luden wir in den Heidbarghof in Osdorf ein und freuten uns, dass viele Gäste aus Politik, Wirtschaft und Institutionen der Einladung gerne gefolgt sind. Nach einer launigen Ansprache unseres Fraktionsvorsitzenden Thomas Adrian und weite-

ren Grußworten von Staatsrat Rolf Reincke (CDU) war der Grill auf Betriebstemperatur angeheizt und die Feier konnte mit leckerem Grillgut und rustikalem Beilagenbuffet beginnen. Perfekt umsorgt vom aufmerksamen Servicepersonal ergaben sich gleich viele angeregte Unterhaltungen – nicht

nur, aber natürlich auch über die aktuelle Politik und die Entwicklungen in unserem Bezirk Altona.

Als der erste Hunger gestillt war, spielte im Nebenraum des Heidbarghofes die Band „Rock die Straße“ auf und sorgte dafür, dass das Tanzbein geschwungen wurde. Die Feier dauerte bis in die Nacht an und es blieb bei den Gästen und uns Veranstaltern das Gefühl, dass es eine gelungene Veranstaltung war, bei der sich alle wohl gefühlt haben – und die bestimmt im nächsten Jahr eine Neuauflage erfährt, wenn es wieder heißt: Die SPD lädt ein zum „Roten Sommer“.



Entspannter Ausklang des Abends an der Theke.

## Kennen Sie Ihre Abgeordneten?

Auch in dieser Ausgabe möchten wir Ihnen zwei weitere SPD-Abgeordnete in der Altonaer Bezirksversammlung vorstellen:

### Name



**Kontakt:**  
post@mark-classen.de

**Persönliches:**  
Geb. am 03.12.1974 in Pinneberg, lebt seit 2001 in Altona. Nach einer kaufmännischen Ausbildung studiert er Soziologie, Geografie und Politik an der Uni Hamburg. Hauptberuflich arbeitet er als Büroleiter des Bürgerschaftsabgeordneten Arno Münster.

**Politisches:**  
repräsentiert den Wahlkreis Altona. Ist Sprecher im Bauausschuss und im Regionalausschuss I für Altona-Altstadt, -Nord und Sternschanze. Außerdem ist er Mitglied im Verkehrsausschuss sowie stellvertretender Vorsitzender im Planungsausschuss und im Sonderausschuss IKEA.

**Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil...**  
...Altona eine Stadt in der Stadt ist. Hier gibt es alles, was man braucht. Altona ist bunt, grün und maritim – aber auch hart, grau und urban. Altona ist einzigartig und meine Heimat.

### Name



**Kontakt:**  
mail@frank-schmitt.info

**Persönliches:**  
Geb. am 19.08.1968 in Stuttgart-Bad Cannstatt, lebt seit 2001 in Altona. Nach dem Abitur studierte er Sozialpädagogik und arbeitete u.a. als Streetworker und im Jugendstrafvollzug. Seit 2001 arbeitet er beim Jugendhilfeprojekt „Gangway e.V.“ Er engagiert sich in der SPD Lurup und in der

Leitung des Luruper Forums. Entspannung findet er bei Spaziergängen und auf Reisen.

**Politisches:**  
repräsentiert den Wahlkreis Blankenese und sieht sich als Stadtteilabgeordneter für Lurup. Er ist Sprecher im Regionalausschuss II für Lurup, Osdorf und Iserbrook, Mitglied im Jugendhilfesausschuss sowie im Haushalts- und Vergabeausschuss.

**Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil....**  
hier urbanes Leben in Vielfalt möglich ist und die Menschen herzlich sind.

## Wir sind für Sie da!



**Alexander Hund:**  
Fraktionsgeschäftsführer

**Kontakt:**  
hund@spdfraktionaltona.de

Tel. 040 - 389 53 32  
Fax. 040 - 38 61 56 43

**Kirstin Strahl-Höhler:**  
Fraktionsassistentin

**Kontakt:**  
strahl-hoehler@spdfraktionaltona.de

Tel. 040 - 389 53 32  
Fax. 040 - 38 61 56 43



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Thomas Adrian  
SPD-Fraktion Altona  
Max-Brauer-Allee 20  
22765 Hamburg

info@spdfraktionaltona.de  
www.spdfraktionaltona.de

Redaktionelle Bearbeitung, Layout und Fotos:  
Alexander Hund  
Kirstin Strahl-Höhler